

Der Vorsitzende des
Ausschusses für Soziales und Gesundheit
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Weinert

Wiesbaden, 11.02.2016

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Soziales und Gesundheit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Soziales und Gesundheit
am Mittwoch, 17. Februar 2016, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. 16-F-03-0001

Präventionskonzept der Helios-HSK bezüglich Multiresistenter-Keime
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.01.2016 -

Laut Presseberichten vom 13., 14. und 15. Januar 2016 waren auf der Neugeborenen-Station
MRSA Keime nachweisbar.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. welches Präventionskonzept in den Helios-HSK generell zur Verhinderung der
Verbreitung von multiresistenten-Keimen besteht?
2. welche Maßnahmen das städtische Gesundheitsamt den Kliniken auferlegt hat?

2. 16-F-03-0002

Erhalt des Teenie-Treff in Dotzheim
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.01.2016 -

Mit den Zuschusskürzungen der Stadt für den Arco e.V. (Teenie-Treff) entfällt für den Verein die komplette Finanzierung. Die Fraktion hält es für unabdingbar, den Teenie-Treff zu erhalten und somit den Kindern und Jugendlichen in Dotzheim einen wichtigen Freizeitraum zu verschaffen. Dies ist der einhellige Wunsch der Kinder und der MitarbeiterInnen. Eine Möglichkeit wie der Teenie-Treff zu retten wäre, wäre diesem eine alternative Räumlichkeit zur Verfügung zu stellen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen,

ob und wie dem ARCO e.V. alternative Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden können, um den Teenie-Treff fortzuführen.

3. 16-F-03-0006

Bundesfreiwilligendienst in LHW
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.01.2016 -

Die Bundesregierung ermöglicht seit vergangenem Jahr die Teilnahme von Flüchtlingen im Bundesfreiwilligendienst. Bisher können in Wiesbaden Freiwillige in vielen Einrichtungen tätig sein. Für die Flüchtlinge kann ein solcher Einsatz eine gute Möglichkeit der Integration sein.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. ob bereits solche Einsätze erfolgen und ob er die Flüchtlinge auf die Möglichkeiten des Freiwilligendienstes hinweist?
2. welche weiteren Möglichkeiten er für den Einsatz in Einrichtungen der Stadt er sieht.

4. 16-F-03-0007

Schulärztliche Untersuchungen von Flüchtlingsfamilien
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.01.2016 -

Mit Vorlage 15-V-53-0307 stellte der Magistrat die Situation der schulärztlichen Untersuchungen von Flüchtlingsfamilien oder unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen dar. Um die erwarteten Bedarfe abzudecken, wurden zusätzliche Stellen geschaffen.

Der Ausschuss möge beschließen,

Der Magistrat wird gebeten, einen Sachstandsbericht zu geben und insbesondere zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

Wie viele schulärztliche und zahnärztliche Untersuchungen von Flüchtlingskindern wurden im Jahr 2015 durchgeführt und wie viele seit Beginn 2016?

Konnte der vom Gesundheitsamt berechnete Bedarf von rund 600 ärztlichen Stunden durch eine Honorarärztin/Arzt, sowie von 400 Stunden für Arzthelferin und Dolmetscher_in entsprechend mit Personal abgedeckt werden?

5. 16-F-03-0008

Bauflächen für Wohninitiativen
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.02.2016 -

Ausgehend von aktuellen Presseberichten, sieht das Stadtplanungsamt eine Notwendigkeit darin, künftig über 10% von neuen Baugebieten für private Baugemeinschaften zu reservieren. Seit mehreren Jahren arbeitet der Runde Tisch für Wohninitiativen Wiesbaden bereits an der Verwirklichung von gemeinschaftlichen Wohnprojekten (z.B. generationenübergreifendes, familienfreundliches, sozialstärkendes, barrierefreies, seniorenrechtliches Wohnen). Angesichts der veränderten Lebensentwürfe in der Gesellschaft und des demografischen Wandels halten wir eine substantielle Förderung der Wohninitiativen für notwendig. Die Fraktion hatte bereits in 2012 eine Initiative zur Förderung von Wohninitiativen unternommen, die leider durch die Koalition damals abgelehnt wurde.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

dafür Sorge zu tragen, dass in Neubaugebieten welche durch städtische Gesellschaften entwickelt werden, diese anzuweisen, 15 Prozent der Bauflächen für gemeinschaftliche Wohnungsbauprojekte von z.B. Baugruppen, Genossenschaften und Wohninitiativen vorzuhalten bzw. für diese Bedarfe zu entwickeln, wobei sichergestellt werden muss, dass bei Umsetzung der Projekte die Erwerber die Objekte auf Dauer selbst nutzen und bestimmte, z.B. vorab mit dem Runden Tisch für Wohninitiativen abgestimmte Aspekte (soziales-integratives Konzept; architektonische, ökologische und/oder barrierefreie Konzepte) umsetzen.

6. 16-F-03-0013

Notfallaufnahme Helios-HSK

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 10.02.2016 -

Laut Presseberichten vom Januar besteht in den HSK eine dramatische Personalsituation in der Notaufnahme.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. Wie ist die aktuelle Situation bei der Notfallversorgung vor dem Hintergrund von fünf fehlenden Stellen?
2. Welche Auswirkungen hat diese Personalsituation auf die Notfallversorgung?
3. Wieviele Notfälle konnten in 2015 und aktuell nicht versorgt werden und mussten in anderen Krankenhäusern behandelt werden?

7. 16-F-08-0001

Hygienemängel in den HELIOS Dr. Horst Schmidt Kliniken Wiesbaden

- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 10.02.2016 -

Nachdem der Journalist Günter Wallraff am 11. Januar 2016 im Fernsehen u.a. auch über mangelhafte hygienische Zustände in den HELIOS Dr. Horst Schmidt Kliniken Wiesbaden (HSK) berichtet hatte, teilten die HSK am 13. Januar mit, dass neun Frühgeborene auf der neonatologischen Station mit multiresistenten Keimen (MRSA) besiedelt seien. Es wurden Untersuchungen seitens der HSK zur Ursachenklärung angekündigt.

Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wie ist der aktuelle Gesundheitszustand der infizierten Säuglinge?
2. Kann mittlerweile die Infektion der neun frühgeborenen Säuglinge mit MRSA-Keimen in den HSK erklärt werden? Wenn ja, welche Ursache liegt den Infektionen zugrunde?
3. Welche Maßnahmen
 - a. wurden bereits ergriffen
 - b. sind in Planung,um zukünftig die Infektion mit und die Verbreitung von multiresistenten Keimen zu verhindern?
4. Mit welchen zusätzlichen Kosten (und für wen) rechnet die Klinikleitung insbesondere im Fall b)?
5. Hat die Klinikleitung die Möglichkeit in Erwägung gezogen, zukünftig ähnliche Maßnahmen der Prävention einzuführen, wie sie vorbildlich in den Niederlanden praktiziert werden (z.B. Testung aller Risikopatienten bei der Krankenhausaufnahme, regelmäßiges Screening der Krankenhausmitarbeiter)?

8. 16-F-08-0002

Unbegleitete, minderjährige Geflüchtete in Wiesbaden
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 10.02.2016 -

Der Anteil der unbegleiteten, minderjährigen Geflüchteten hat sich im Vergleich zur Vergangenheit erhöht. Dies stellt besondere Anforderungen an deren Betreuung und Begleitung.

Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. wie sich die Zahl der genannten Personengruppe seit dem zweiten Halbjahr 2014 entwickelt hat (Bitte auch nach Geschlecht differenzieren.);
2. wie die Unterbringung erfolgt und durch wen die Betreuung der genannten Personengruppe gewährleistet wird;
3. was nach Erlangung der Volljährigkeit mit den genannten Personen geschieht. Es wird insbesondere um Erläuterung bezüglich der Beendigung oder Weiterführung der Jugendhilfe-Maßnahmen gebeten.

9. 15-V-51-0021

ANLAGE

Verwendung anteiliger Spielbankmittel (Tronc) für den Bereich Soziales 2015
- Gesamtliste Troncmittel Soziales 2015 -

10. 16-A-50-0001

Aktuelle Entwicklungen im Sozial- und Gesundheitsbereich

11. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 15-A-50-0004

ANLAGE

Entbürokratisierung
- *Bericht des Dezernates II vom 12.01.2016* -

2. 15-F-08-0057

ANLAGE

Koordination freiwilliger FlüchtlingshelferInnen
- *Bericht des Dezernates II vom 07.12.2015* -

3. **15-F-33-0072** **ANLAGE**
Einheitliche Instrumente zur Sprachförderung und Sprachstandserfassung
- Bericht des Dezernates II vom 27.01.2016 -

4. **15-F-33-0089** **ANLAGE**
Assistierte Ausbildung
- Bericht des Dezernates II vom 22.12.2015 -

5. **15-F-45-0001** **DL 01/16-2**
Gemeinsame Verantwortung für Flüchtlinge
- Bericht des Dezernates II vom 11.12.2015 -

6. **15-V-02-0011** **DL 02/16-1**
Budgettechnische Mittelumbuchung zum Projekt "Aktive Kernbereiche Wiesbaden Innenstadt - West "

7. **15-V-06-0013** **DL 01/16-6**
Beitritt Wiesbadens in das GESUNDE Städte-Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland

8. **15-V-51-0052** **DL 02/16-2**
Anmietung von Büroflächen in der Homburger Straße 29 für die Abteilung Sozialhilfe und Flüchtlinge sowie für die Abteilung Wohnen

9. **15-V-51-0055** **DL 01/16-11**
Geschäftsbericht Bezirkssozialarbeit Wiesbaden 2014

10. **15-V-51-0057** **DL 01/16-12**
Bericht Tagesbetreuung für Kinder 2014/2015

11. **15-V-80-8017** **DL 01/16-14**
Projektfortführung Vermittlungsmodell Schloss Freudenberg 2016 / 2017

12. 16-V-07-0001

DL 02/16-5

Fortführung des suchtpreventiven Angebotes im Kulturpark

13. 16-V-20-0002

DL 02/16-7

Investitionscontrolling 4. Quartal 2015

14. 16-V-51-0002

Schaffung von 10 zusätzlichen Krippenplätzen in der Kita der Ev. Erlösergemeinde Kastel, Sanierung und Erweiterung

- Der Magistrat berät hierzu vorauss. in seiner Sitzung am 16.2.2016 -

15. 16-V-51-0003

- Schaffung von 10 zusätzlichen Krippenplätzen in der Kita der Ev. Kirchengemeinde Bierstadt, Sanierung und Erweiterung

- Der Magistrat berät hierzu vorauss. in seiner Sitzung am 16.2.2016 -

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Dr. Völker
Vorsitzender